

Kommunal- und regionalwissenschaftliche Arbeiten online (KrAo), Nr. 5

**Euroregionen an der Grenze zu
Polen und Tschechien***

von

Peter Jurczek

*Deutsche Fassung des Vortrages „Euroregions on the border to Poland and the Czech Republic“ im Rahmen der Tagung „Außenpolitik von Regionen. Ziele, Dimensionen, Strategien und Bedeutung der Außenbeziehungen von Regionen in Europa und der Welt“; durchgeführt vom Europäischen Zentrum für Föderalismus-Forschung Tübingen (EZFF) in Zusammenarbeit mit dem Staatsministerium Baden-Württemberg

Impressum:

Herausgeber: Univ.-Prof. Dr. Peter Jurczek
Anschrift: Technische Universität Chemnitz, Sozial- und Wirtschaftsgeographie, 09107 Chemnitz
E-Mail: peter.jurczek@phil.tu-chemnitz.de
Erscheinungsort: Chemnitz 2002
ISSN: 1619-8603

Euroregionen an der Grenze zu Polen und Tschechien

Prof. Dr. Peter Jurczek, TU Chemnitz

Nach der politischen Wende sind entlang der deutschen Ostgrenze flächendeckend Euroregionen bzw. Euregios gegründet worden. Deren Ziel ist es, die Zusammenarbeit und Entwicklung über die nationalen Grenzen hinweg zu intensivieren sowie zu gemeinsamen Aktivitäten zu gelangen. In Europa gibt es weitere Euroregionen, die in den 1990er Jahren an der Grenze zwischen EU-Mitgliedsstaaten und EU-Beitrittsländern entstanden sind (Abb. 1). Dabei handelt es sich um die Grenzräume zwischen Österreich und Tschechien, der Slowakei, Ungarn und Slowenien, zwischen Italien und Slowenien, zwischen Griechenland und Bulgarien sowie zwischen Finnland und Estland. Ein Unterschied zu diesen Ländern ist allerdings, dass die deutschen Teile der Euroregionen (z. B. Mecklenburg-Vorpommerns, Brandenburgs, Sachsens) während der DDR-Ära überwiegend dem Ostblock angehört haben. Somit sind diese in der Vergangenheit durch das gleiche sozialistische System geprägt worden und weisen im Prinzip ähnliche politökonomische Entwicklungsstrukturen auf.

1. Euroregionen im Grenzraum zu Polen und Tschechien

Wie bereits erwähnt, sind die Euroregionen an der deutschen Ostgrenze in der ersten Hälfte der 1990er Jahre entstanden. Zu jener Zeit sind insgesamt acht Euroregionen gegründet worden, die beidseits der Staatsgrenze die jeweils angrenzenden Gebietsteile umfassen, flächendeckend sind und die Form eines breiten Streifens bilden. Sind die Grenzregionen zu Beginn Ihrer Existenz noch ziemlich stark von den übergeordneten Einrichtungen betreut worden, haben sie innerhalb von nunmehr 10 Jahren ein hohes Maß an Eigenständigkeit erreicht.

In administrativer Hinsicht umfassen die Euroregionen die beidseits der Staatsgrenze gelegenen Landkreise, wobei sie in der Bundesrepublik Deutschland als eingetragene Vereine organisiert sind. Mitglieder sind in der Regel die Kommunen, Kammern, Behörden und sonstige Einrichtungen. Organisatorisch gesehen existieren zwei oder sogar drei Geschäftsstellen, die für ihren jeweiligen Gebietsteil zuständig sind. In der Euregio Egrensis beispielsweise gibt es eine euroregionale Arbeitsgemeinschaft auf der bayerischen Gebietsseite (mit Sitz in Marktredwitz), auf der sächsisch/thüringischen Gebietsseite (mit Sitz in Plauen) und auf der tschechischen Gebietsseite (mit Sitz in Cheb/Eger und Karlovy Vary/Karlsbad). Während die Alltagsarbeit in den jeweiligen Geschäftsstellen erfolgt, repräsentiert das gemeinsame Präsidium die Gesamteuregio.

Die Bereiche der Zusammenarbeit umfassen Fragen in Bezug auf Wirtschaft und Verkehr, Tourismus, Landwirtschaft, Umwelt, Jugend, Kultur und Sport sowie Bildung. Dabei fungieren die Geschäftsstellen als Moderatoren nach innen und außen. Innerhalb der Euroregionen pflegen sie Kontakte zu ihren Mitgliedern, zu lokalen und regionalen Entscheidungsträgern sowie zu ihren Kooperationspartnern. Was ihr Außenengagement betrifft, so kommunizieren sie mit übergeordneten Einrichtungen auf der nationalen und europäischen Ebene. Allerdings ist ihr Wirkungsgrad begrenzt, da sie im Durchschnitt über nur sehr wenig Personal (ca. zwei bis vier Mitarbeiter) verfügen.

Abb. 1: Euroregionen an der Ostgrenze der Europäischen Union



Zunächst einmal waren die Euroregionen in den Jahren nach der Wende durch enorme Herausforderungen konfrontiert (z. B. kurzfristige Verbesserung der technischen Infrastruktur, langfristiger Ausbau der regionalökonomischen und soziokulturellen Entwicklung). Das ist einer der Gründe, dass relevante grenzübergreifende Projekte seitdem mit EU-Mitteln unterstützt werden. Hierzu sind spezifische Förderprogramme aufgelegt worden, die sinnvolle grenzübergreifende Projekte auf der polnischen und tschechischen Seite (Phare CBC) bzw. auf der deutschen Seite (Interreg IIIA) unterstützen.

Dabei ist die unterschiedliche Entwicklung beidseits der Staatsgrenzen innerhalb von mehr als einem halben Jahrhundert zu berücksichtigen. Besondere Probleme resultieren aus den unzureichenden Verkehrsverbindungen, so dass hohe Investitionen zur Verbesserung der Verkehrswege notwendig sind. Was die Strukturmerkmale der Grenzregionen anbelangt, so kristallisieren sich sowohl Gemeinsamkeiten als auch Unterschiede heraus. Beispielsweise sind nur wenige Großstädte vorhanden (z. B. Stettin, Frankfurt/Oder, Dresden, Passau), ebenso wie die Bevölkerungsdichte unterdurchschnittlich gering ist. Während die deutsch-polnischen Euroregionen primär landwirtschaftlich bzw. durch Handelsfunktionen geprägt sind, dominieren im sächsisch/fränkisch-tschechischen Grenzraum traditionelle Industriezweige (z. B. Textilherstellung, Eisenverarbeitung, Porzellan- und Glasfabrikation). Schließlich zählt die Waldwirtschaft und Holzverarbeitung im ostbayerisch-tschechischen Grenzraum zu den klassischen Wirtschaftsbereichen.

Signifikante Unterschiede lassen sich dagegen beim durchschnittlichen Alter der dort lebenden Menschen feststellen. Die Bewohner der polnischen und tschechischen Gebiete der Euroregionen sind – wegen Ansiedlungen erwerbsfähiger Bevölkerungsgruppen aus den östlichen Landesteilen vor der politischen Wende - in der Regel (erheblich) jünger als auf der deutschen Seite. Außerdem stellt die Staatsgrenze nach wie vor eine Wohlstandsgrenze dar, da sowohl die Höhe der Haushaltseinkommen als auch die Qualität der infrastrukturellen Ausstattung weit unter dem deutschen Niveau liegen. Allerdings ist in den letzten Jahren eine zunehmende Angleichung der Lebensverhältnisse zu beobachten, die sich in Zukunft weiter fortsetzen dürfte.

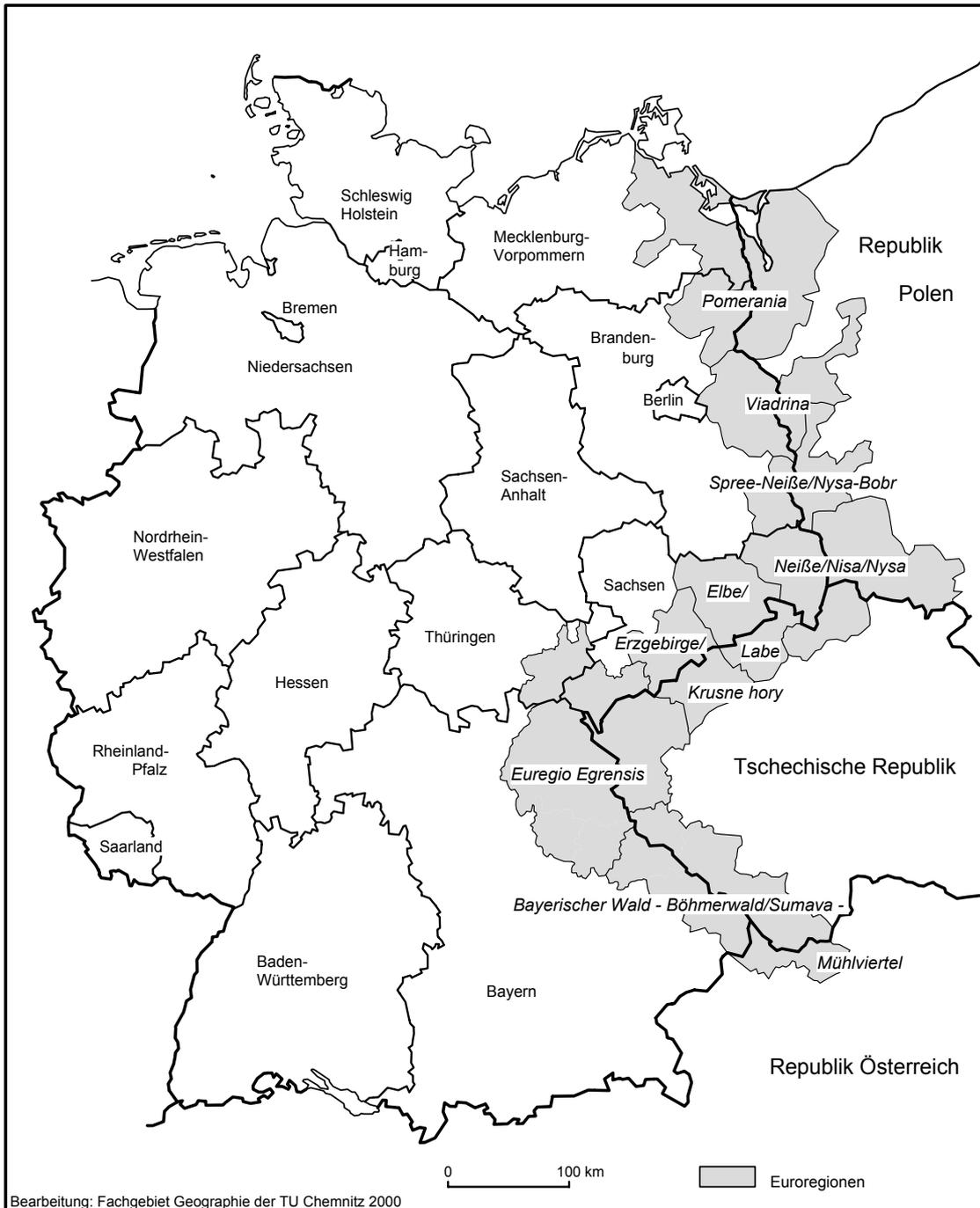
Um die Voraussetzungen hierfür zu schaffen, sind zu Beginn der 1990er Jahre in allen Euroregionen konzeptionelle Überlegungen angestellt worden, die in entsprechenden Entwicklungsplänen ihren Niederschlag gefunden haben. Diese beinhalten in den meisten Fällen eine problemorientierte Bestandsaufnahme, eine differenzierte Bewertung sowie einen handlungsorientierten Maßnahmenkatalog. Letzterer dient seitdem als Kompendium für die Identifizierung, Bezuschussung und Umsetzung grenzübergreifender Projekte sowie zur langfristigen Weiterentwicklung der deutsch-polnischen und deutsch-tschechischen Euroregionen.

2. Zwischenbilanz

2.1 Positive Aspekte

Insgesamt gesehen haben die Akteure in den deutsch-polnischen und deutsch-tschechischen Euroregionen innerhalb von rd. 10 Jahren Folgendes geleistet:

Abb. 2: Euroregionen an der Ostgrenze der Bundesrepublik Deutschland



a) Erfolgreiche Kontaktsuche, -herstellung, -verstetigung und -pflege: Zunächst einmal war es erforderlich, die für die grenzübergreifende Zusammenarbeit zuständigen Ansprechpartner zu identifizieren und zu konkreten Kontakten untereinander zu gelangen. In den darauf folgenden Phasen der Kooperation ist es zur Verstetigung und zur Pflege der Kommunikation der euroregionalen Entscheidungsträger sowohl innerhalb der regionalen Teilgebiete als auch über die Grenze hinweg gekommen. Dies schließt eine effektive fachübergreifende Zusammenarbeit ein. Dabei hat sich herauskristallisiert, dass nur langfristig angelegte Arbeitsstrukturen erfolgreich sind, die nicht durch personelle Fluktuationen, rückläufiges Engagement usw. beeinträchtigt werden dürfen.

b) Bereitschaft und Befähigung zur grenzübergreifenden Zusammenarbeit: Was die Bereitschaft zu einer dauerhaft angelegten und langfristig erfolgversprechenden Zusammenarbeit über die Staatsgrenzen hinweg anbelangt, so hat die Motivation der euroregionalen Akteure einen bedeutsamen Ausgangspunkt dargestellt. Vielfach war deren Hauptaugenmerk auf die Weiterentwicklung des eigenen Gebietsteils konzentriert, so dass die grenzübergreifenden Belange unmittelbar nach der politischen Wende erst einmal weniger wichtig zu sein schienen. Damit einher geht die Befähigung zur Kooperation und Teamarbeit, was zu einem gewissen Anteil auf dem fachlichen Ausbildungsgrad, vor allem jedoch an der Überzeugung und am Willen zur Zusammenarbeit beruht.

c) Überdurchschnittliches Engagement zur Erreichung der gemeinsamen Ziele: Insbesondere in der Anfangsphase der grenzübergreifenden Kooperation ist ein überdurchschnittlich hohes Engagement der euroregionalen Entscheidungsträger unerlässlich gewesen. Nur dadurch konnte es gelingen, relativ kurzfristig die angestrebten Nahziele gemeinsam zu erreichen. Allerdings ist es ständig notwendig, dass die grenzübergreifenden Aktivitäten mit viel Elan erfolgen, zumal die personellen Ressourcen eingeschränkt sind. Dies erfordert ein hohes Maß an Motivation und Ausdauer, da ansonsten die langfristig anspruchsvollen Ziele nicht einlösbar wären.

d) Gemeinsames Auftreten und Werben auf nationaler bzw. internationaler Ebene: Vorzugsweise von Bedeutung ist auch das gemeinsame Auftreten der euroregionalen Akteure, unter welches das teilregionale Vorgehen sukzessive subsummiert werden muss. In diesem Zusammenhang spielt die gemeinsame Realisierung von Werbemaßnahmen sowohl auf der nationalen als auch auf der internationalen Ebene eine besondere Rolle. Letztere weisen mittelfristig einen deutlichen europäischen Bezug auf, dürften sich jedoch in der ferneren Zukunft durchaus auch auf andere Kontinente erstrecken.

e) Konkrete Umsetzung von Maßnahmen zum Wohle der euroregionalen Bevölkerung: Über bloße konzeptionelle Überlegungen hinaus ist die Umsetzung grenzüberschreitender Maßnahmen von besonderer Bedeutung. Dazu gehört eine Vielzahl an konkreten Projekten unterschiedlicher fachlicher Ausrichtung (z. B. Wirtschaft, Kultur, Soziales, Umwelt). Das damit verbundene Ziel richtet sich in erster Linie auf das Wohlergehen der euroregionalen Bevölkerung und dient vor allem der kontinuierlichen Angleichung ihrer Lebensqualität.

f) Überwiegend erfolgreiche Zusammenarbeit von Akteuren auf der Arbeitsebene (z. B. Forstwirtschaft, Tourismus, [Hoch-] Schule, Naturschutz, Sport, Kultur): Kern der gemeinsamen inhaltlichen Arbeit ist die fachliche Kooperation in den verschiedensten Bereichen. Während die wirtschaftliche Zusammenarbeit – auf Grund ihres geringen fördertechnischen Stellenwertes – etwas unterrepräsentiert ist, dominieren – neben anderen Themenschwerpunkten (z. B. Verkehr, Umwelt) - die kulturellen Aktivitäten im weitesten Sinne.

g) Kooperatives euroregionales Marketing und Management: Dabei wird den modernen Arbeitsmethoden wie beispielsweise Marketing und Management ein besonderer Stellenwert eingeräumt. Allerdings sind diese stets in kooperativer Form zu praktizieren, um den gesamtregionalen Zielsetzungen angemessen Rechnung zu tragen. Dabei ist abzusehen, dass deren Bedeutung in Zukunft noch weiter steigen dürfte, so dass deren Effektivität rechtzeitig ausgebaut werden sollte.

h) Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls der deutschen, polnischen und tschechischen Bevölkerung: Ansatzweise lassen sich schließlich erste Erfolge zur Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls der in den Euroregionen zusammen lebenden deutschen, polnischen und tschechischen Bevölkerung feststellen. Allerdings identifizieren sich die Bürger bislang in erster Linie mit ihrer jeweiligen Heimatgemeinde bzw. Heimatregion. Ob die Euroregionen in Zukunft einmal eine wichtigere Funktion ausüben werden, bleibt jedoch abzuwarten.

2.2 Probleme in verschiedenen Bereichen

2.2.1 Probleme organisatorischer Art

Demgegenüber ergeben sich zahlreiche Probleme, die im Folgenden beispielhaft dargestellt werden und die es in Zukunft gemeinsam zu lösen gilt:

a) Komplizierte Verfahren im Rahmen der Beantragung, Prüfung und Genehmigung bzw. Ablehnung von Fördermitteln: Vehement beklagt wird die komplizierte Antragstellung, Prüfung und Genehmigung bzw. Ablehnung der grenzübergreifenden Projekte im Rahmen der Interreg-Förderung. Ähnlich aufwendig und riskant gestaltet sich das Antragsverfahren von Phare. Erfahrungsgemäß ist damit ein recht langer Zeitraum von mehreren Wochen verbunden, so dass weniger professionelle, aber durchaus innovative Projektträger unter Umständen resignieren. Häufig ergeben sich auch Probleme in Bezug auf die Transparenz der Förderentscheidungen, die es maßgeblich zu verbessern gilt.

Besonders problematisch war das zeitliche Vakuum, das zwischen der Förderperiode Interreg II (1994 bis 1999) und Interreg III (2000 bis 2006) bestand. Obwohl Letztere formal bereits Anfang 2000 begonnen hatte, dauerte die Abstimmung der Förderdokumente zwischen der Europäischen Kommission und den regionalen Behörden (Bund,

Bundesländer) so lange, dass die Umsetzung der identifizierten Maßnahmen nicht rechtzeitig begonnen werden konnte. Diese zeitliche Verzögerung von rd. 19 Monaten hat in den Euroregionen nicht gerade zur Motivation beigetragen und ist bei einer Vielzahl von Akteuren aus den unterschiedlichsten Fachbereichen auf Unverständnis, Ärger oder Resignation gestoßen. Davon besonders negativ betroffen waren die Entscheidungsträger und deren Mitarbeiter vor Ort, die einerseits potenzielle Projektträger vertrösten mussten, andererseits in ihrem eigenen Arbeitseinsatz beeinträchtigt wurden.

b) Generell hoher bürokratischer Aufwand und unnötige Reibungsverluste mit den verschiedensten einzubeziehenden Stellen: Statt eine Erweiterung bzw. Verfeinerung der bürokratischen Auflagen zu praktizieren, sind die unterschiedlichsten Vorhaben auf der Basis ihrer grenzübergreifenden Relevanz und unter Verzicht einschränkender Auflagen zu fördern. Was die Art der Projekte betrifft, so sollten sowohl wirtschaftliche Vorhaben im engeren Sinne als auch solche zur Intensivierung der weichen Standortfaktoren (Kultur, Sport, Schule, Wissenschaft, usw.) fortan stärker unterstützt werden. Letzteres müsste in höherem Umfang im Rahmen einer einfach gehandhabten Kleinprojektförderung – wie sie seit dem Jahr 2000 grundsätzlich möglich ist und die in der Realität reibungslos funktionieren sollte – erfolgen.

c) Parallelität der untereinander nicht kompatiblen Förderprogramme Interreg und Phare: Weiterhin ist negativ zu vermerken, dass Interreg und Phare nach wie vor nicht kompatibel sind. Deren unterschiedliche Struktur ist so groß, dass die kooperative Projektarbeit und die gemeinsame Raumentwicklung über die deutsch-tschechische Grenze erheblich eingeschränkt werden. Ungünstig sind zudem die unterschiedlichen Fördermodalitäten in den westdeutschen (Bayern) und ostdeutschen Euroregionen (Sachsen, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern). Dies betrifft weniger den unterschiedlich hohen Fördersatz – zumal dann, wenn dieser sachlich gerechtfertigt ist –, als vielmehr die zum Teil unterschiedliche Vorgehensweise und Handhabung, weil dadurch die Realisierung trilateraler Maßnahmen beeinträchtigt wird. In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass es ohnehin kontraproduktiv erscheint, wenn auf der regionalen Ebene zusätzliche Auflagen gemacht werden (z. B. durch eine restriktive Interpretation der EU-Förderrichtlinien oder durch die Zugrundelegung landeseigener Förderrichtlinien).

d) Geringer materieller Abfederungsgrad in den Grenzregionen hinsichtlich der zeitnahen EU-Osterweiterung (z. B. bei Handwerkern): Die Vielzahl der genannten Aufgaben fordern von den euroregionalen Akteuren ein Höchstmaß an Engagement. Angesichts dessen erscheint die personelle und materielle Ausstattung der euroregionalen Geschäftsstellen unzureichend. Ebenso sollte überlegt werden, wie es trotz der organisatorischen Dreigeteiltheit (im Falle der Euroregionen Neißer, Euregio Egrensis und Bayerischer Wald-Böhmerwald) bzw. Zweigeteiltheit (der anderen Euroregionen) langfristig gelingt, die Aktivitäten innerhalb der Grenzräume im Osten Deutschlands noch stärker zu integrieren und somit zu effektivieren.

2.2.2 Probleme wirtschaftlicher Art

Die Situation der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit polnischen und tschechischen Unternehmen ist ambivalent. Bestehende Netzwerke bzw. die Gründung von Joint-Ventures funktionieren zwar, wobei dies in der Regel auf internen Unternehmensentscheidungen beruht und Informationen darüber selten in die Öffentlichkeit gelangen. Das Innovationspotenzial und die Dynamik der Unternehmen wären noch effektiver, wenn Privatunternehmen durch Förderprogramme wie Interreg und Phare CBC unmittelbar partizipieren könnten. Unterstützung erfolgt auf indirektem Wege, beispielsweise über die Kammern, wie die erfolgreiche Kooperation mehrerer Industrie- und Handelskammern sowie Handwerkskammern belegen.

Um die wirtschaftsorientierten Defizite auszuräumen, ist im September 1998 die „Arbeitsgemeinschaft der Wirtschaftskammern entlang der Grenzen zu den mittel- und osteuropäischen EU-Beitrittsstaaten“ (<http://www.ts.camcom.it>) gegründet worden. Diese fordert, „für eine Übergangszeit der Sondersituation der Regionen entlang der Beitrittsgrenzen durch eine besondere Unterstützung zur Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Umstellung Rechnung zu tragen“, um die Standortbedingungen der Grenzräume zu verbessern und deren Wettbewerbsfähigkeit langfristig zu sichern.

Im Herbst 2001 hat die Europäische Kommission die Förderprogramme zur grenzübergreifenden Zusammenarbeit im Rahmen von Interreg IIIA genehmigt. Im EU-Etat stehen für die grenzübergreifende Zusammenarbeit in ganz Europa vom Jahr 2000 bis 2006 rd. 4,8 Mrd. Euro bereit. Davon werden ca. 277,2 Mio. Euro in den deutschen Teil des sächsisch-polnischen, sächsisch-tschechischen und bayerisch-tschechischen Grenzraums fließen und dadurch Ausgaben von insgesamt 428,7 Mio. Euro auslösen. Hinzu kommen die Fördergelder, die in den Grenzregionen Brandenburgs und Mecklenburg-Vorpommerns zu Polen investiert werden. Die finanziellen Mittel der Europäischen Kommission kommen den jeweiligen Euroregionen etwa anteilig zu Gute, orientieren sich jedoch in ihrer Größenordnung letztlich an deren finanziellem Bedarf.

Abgesehen davon verlangen die in den Euroregionen tätigen Akteure – in Anlehnung an die beim Beitritt Spaniens und Portugals 1986 eingeräumten Konditionen – Sonderzahlungen, um die EU-Osterweiterung abzufedern. Diesbezüglich hat die Europäische Kommission im Rahmen ihrer „Gemeinschaftsaktion für die Grenzregionen“ den an ein Beitrittsland angrenzenden Euroregionen nach zähen Verhandlungen insgesamt 200 Mio. Euro gewährt, die nach heftigen Protesten der Betroffenen vom Europäischen Parlament nochmals um etwa ein Drittel der genannten Summe aufgestockt werden sollen. Davon beispielsweise profitiert die Arbeitsgemeinschaft der Wirtschaftskammern entlang der Grenzen zu den mittel- und osteuropäischen EU-Beitrittsstaaten, die geeignete Maßnahmen zur Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen realisieren will. Auf diese Weise werden den Appellen der Grenzland-Kammern tendenziell Rechnung getragen, die volks- und betriebswirtschaftlichen Aspekte der grenzübergreifenden Zusammenarbeit höher zu gewichten.

Mit den Bemühungen um eine Sicherung der finanziellen Ressourcen geht die wirtschaftspolitische Forderung nach vorübergehender Einschränkung der Freizügigkeit für Arbeitnehmer und Dienstleister aus den MOE-Staaten nach deren EU-Beitritt einher, die insbesondere von deutscher und österreichischer Seite erhoben wird. Auf diese Weise soll dem plötzlich erwarteten Zustrom an Zuwanderern Einhalt geboten werden, um die Grenzregionen und ihre Bewohner kontinuierlich auf die neue Situation vorbereiten zu können. Allerdings lässt sich nicht genau absehen, ob und – wenn ja – wie viele Arbeitsmigranten aus den östlichen Nachbarländern in die Bundesrepublik Deutschland kommen würden. Jüngere Prognosen verdeutlichen, dass der Zustrom an Zuwanderern und Arbeitspendlern geringer ausfallen dürfte, als dies häufig angenommen wird. Vor allem scheinen diese nur in geringem Ausmaß in die Regionen an der deutschen Ostgrenze als vielmehr in die wirtschaftsstarken Verdichtungsgebiete zu tendieren.

2.2.3 Probleme politischer Art

Obwohl die Integration der MOE-Staaten in die EU grundsätzlich Konsens findet, tragen kontrovers geführte Diskussionen (wie z. B. über den Stellenwert der Benes-Dekrete, die nach dem Zweiten Weltkrieg die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der vormaligen Tschechoslowakei sanktioniert haben) nicht gerade zu einer positiven Stimmung zwischen Deutschen und Österreichern einerseits sowie Tschechen andererseits bei. Dagegen gelten die bilateralen Beziehungen zwischen Deutschen und Polen als vergleichsweise harmonisch. Dies verwundert insofern, als dass die Bundesrepublik Deutschland Territorium an Polen abgegeben hat, während die Souveränität der vormaligen Tschechoslowakei und der jetzigen Tschechischen Republik langfristig erhalten geblieben ist.

Dennoch wirkt sich die unterschiedliche Interpretation der historischen Entwicklung – zumindest atmosphärisch - auf Detailfragen des EU-Beitritts Polens und Tschechiens sowie auf die Zusammenarbeit in den Euroregionen an der deutschen Ostgrenze aus. Einen noch höheren Stellenwert spielten derartige Aspekte unmittelbar nach der politischen Wende. Während die beiden an Deutschland angrenzenden MOE-Länder bestrebt waren, die grenzübergreifende Zusammenarbeit zentralistisch – das heißt jeweils von den nationalen Regierungen – zu organisieren, hat der Bund – gemäß seiner föderalen Grundsätze - eine Vielzahl an kleinräumig wirksamen Aktivitäten auf die jeweiligen Bundesländer übertragen. Trotz Wahrung aller hoheitlicher Aufgaben wird den Regionen beidseits der Staatsgrenze in letzter Zeit ein höheres Mitspracherecht eingeräumt, als das noch vor 10 Jahren der Fall war.

Daher ergibt sich im politischen Alltag eine Intensivierung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit insbesondere auf der kommunalen Ebene. Dies resultiert aus den regelmäßigen Zusammentreffen der politischen Akteure, in deren Rahmen die parteipolitische Ebene in der Regel eine untergeordnete Rolle spielt. Demokratie wird in der Regel vorgelebt, wobei es vor allem unmittelbar nach der Wende zahlreiche

Veranstaltungen zu diesem Themenkomplex gegeben hat. Frieden wird als selbstverständlich erachtet, so dass hierzu keine speziellen Aktivitäten erfolgen; bestenfalls am Rande von Veranstaltungen oder in Form konzeptioneller Zielsetzungen. Was das politische Leben betrifft, so werden die Regionen an der deutschen Ostgrenze – vor allem vor Wahlen – relativ häufig von Politikern des Landes, Bundes und Europas aufgesucht, um sich mit spezifischen euroregionalen Problemen vertraut zu machen.

3. Ausblick

Trotz der recht ausführlich dargestellten Schwierigkeiten ist festzuhalten, dass die grenzübergreifende Arbeit in den Euroregionen an der deutschen Ostgrenze rd. 10 Jahre nach der politischen Wende auf hohem Niveau betrieben wird. Daher sollten die Bemühungen ihrer Akteure von regionaler und überregionaler Seite auch zukünftig bedarfsgerecht gefördert werden, um die voraussichtlich noch geraume Zeit verbleibenden Disparitäten erfolgsversprechend abbauen zu können.

Dabei flankieren die Euroregionen den EU-Beitritt der MOE-Staaten – wie exemplarisch in Bezug auf Polen und Tschechien dargestellt – an der Basis. Dabei befördern die persönlichen Kontakte und die gemeinsame Projektarbeit in den Euroregionen die grundlegende Idee der grenzübergreifenden Zusammenarbeit und überspielen damit eventuell aufkommende, in der Regel vorübergehende großpolitische Probleme.

Nicht zuletzt ergibt sich daraus die Notwendigkeit zur Durchführung motivationsfördernder Maßnahmen, um auf diese Weise sowohl euroregionale als auch gesamteuropäische Lobbyarbeit zu betreiben. Dabei ist es gleichermaßen die Aufgabe der Euroregionen, ihrerseits der hohen Erwartungshaltung gerecht zu werden, ihr endogenes Potenzial dauerhaft einzubringen, ihre Integrationsfähigkeit unter Beweis zu stellen sowie ihre Organisationsstruktur sachgerecht zu koordinieren.

4. Literatur

Jurczek, P. 1996: The Inception of a Joint Development Concept in the Bavaria-Saxonia-Bohemia Triangle, Occasional Papers 30, Joensuu.

Jurczek, P. 1997: Objectives and perspectives of the trans-border co-operation. In: The Situation and Perspectives of Trans-border Development and Co-operation of Borderregions in Germany, Poland, Slovakia and the Czech Republic, S. 46-50, Gliwice.

Jurczek, P. 1999: Thesen und Forderungen zur Vorbereitung der Euroregionen im deutsch-tschechischen und deutsch-polnischen Grenzraum auf die EU-Osterweiterung. In: Europäische Kommission et al. (Ed.), Die Osterweiterung der Europäischen Union und ihre Bedeutung für die Euroregionen im deutsch-tschechischen und deutsch-polnischen Grenzraum, S. 66-71, München/Marktredwitz.

Jurczek, P. und Köppen, B. 2001: Cooperation between Germany and Czech Republic in the Egrensis Euroregion, Kommunal- und regionalwissenschaftliche Arbeitsergebnisse online, Nr. 5, Chemnitz.

Krätke, S. u.a. 1997: Regionen im Umbruch. Probleme der Regionalentwicklung an den Grenzen zwischen „Ost“ und „West“, Frankfurt/New York.

Riedel, J. und Untiedt, G. 2001: EU-Osterweiterung und deutsche Grenzregionen. Strukturpolitik und Raumplanung in den Regionen an der mitteleuropäischen EU-Außengrenze zur Vorbereitung auf die EU-Osterweiterung, ifo dresden Studien 28/II, Dresden.

Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit sowie Ministerium für Regionalentwicklung der Tschechischen Republik (Hrsg.) 1999: Sächsisch-Tschechisches Entwicklungskonzept für Interreg III/Phare CBC, Dresden/Prag.

Vavreckova, J. u.a. 2002: Das Migrationspotential im Grenzgebiet der Tschechischen Republik an der Staatsgrenze zu Deutschland (unveröffentlicht), Prag.